

# Die Linke Sachsen

## 2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

### A. Leitanträge

#### A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

#### ÄA.1.4. Änderungsantrag: Vielfalt der Gesellschaft

Einreicher\*innen: Stefan Nagel

---

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Änderung in Z. 93 - 96:

ersetze:

*Die Mehrheit der Menschen in Sachsen weiß aber, dass wir von einem Europa der offenen Grenzen profitieren. Sie weiß auch, dass ohne Zuwanderer schon jetzt viele Krankenhäuser und Handwerksbetriebe ihre Arbeit einstellen müssten. Sie betrachtet die Vielfalt der sächsischen Gesellschaft als Gewinn, nicht als Bedrohung. Gegen die extreme Rechte und ihr nationalistisches, autoritäres und unsoziales Programm demonstrieren in ganz Sachsen hunderttausende Menschen. Die Linke steht Seite an Seite mit ihnen. Wir sind die Partei des konsequenten Antifaschismus. Wir treten den extremen Rechten nicht nur in den Parlamenten und auf der Straße entgegen, sondern knicken – im Gegensatz zu den anderen Parteien – auch politisch nicht vor ihnen ein. Wir verteidigen das Recht auf Asyl als humanitäre Pflicht. Zugleich betrachten wir die Zuwanderung als Chance für Sachsen. Dabei sind wir uns bewusst, dass sich vorhandene Bedenken in der Bevölkerung nur durch eine schnellere Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt abbauen lassen. Wir streiten für ein Sachsen, das für alle ein Zuhause ist. Wir beteiligen uns nicht daran, verschiedene Gruppen von Menschen, die sich zurecht benachteiligt fühlen, gegeneinander aufzuhetzen. Unsere Alternative heißt Solidarität!*

durch:

***Ein Staat, der sich selbst fesselt und für unfähig erklärt, die Probleme zu lösen, der nicht genug Lehrkräfte an die Schulen bringt und der Menschen in die Altersarmut schickt, kann kein Vertrauen gewinnen. Für manche in Sachsen klingen da die Versprechungen nationalistischer Rechtsaußenparteien verlockend. Sie machen für alle Missstände das Ausland und die Ausländer verantwortlich und behaupten, durch Abschottung und die Zerstörung der Europäischen Union ließen sich alle Probleme lösen.*** Gegen die extreme Rechte und ihr nationalistisches, autoritäres und unsoziales Programm demonstrieren in ganz Sachsen hunderttausende Menschen. ***Sie betrachten die Vielfalt der sächsischen Gesellschaft als Gewinn, nicht als Bedrohung und ein Europa der offenen Grenzen als Chance für Sachsen.*** Die Linke steht Seite an Seite mit ihnen. Wir sind die Partei des konsequenten Antifaschismus. Wir treten den extremen Rechten nicht nur in den Parlamenten und auf der Straße entgegen, sondern knicken – im Gegensatz zu den anderen Parteien – auch politisch nicht vor ihnen ein. Wir verteidigen das Recht auf Asyl als humanitäre Pflicht. Zugleich betrachten wir die Zuwanderung als Chance für Sachsen. ***Denn ohne Zuwanderung müssten schon jetzt viele Krankenhäuser und Handwerksbetriebe ihre Arbeit einstellen.*** Dabei sind wir uns bewusst, dass sich vorhandene Bedenken in der Bevölkerung nur durch eine schnellere Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt abbauen lassen. Wir streiten für ein Sachsen, das für alle ein Zuhause ist. Wir beteiligen uns nicht daran, verschiedene Gruppen von Menschen, die sich zurecht benachteiligt fühlen, gegeneinander aufzuhetzen. Unsere Alternative heißt Solidarität!

### Begründung:

Aus unserer Wahrnehmung heraus, unterstützt von den tollen Eindrücken der Demos der letzten Wochen, mag schon der Eindruck entstehen, dass eine Mehrheit in Sachsen dieser Auffassung ist. Im beruflichen und privaten Umfeld werden allerdings andere Erfahrungen gemacht. Dort ist es so, dass sich im Bezug auf Migration eine diffuse Angst mit einer gefühlten Überforderung und eigener empfundener Benachteiligung mischt. Die Rechten triggern das unter anderem auch damit, den Leuten das Gefühl zu geben, sie seien eine unterdrückte Minderheit, die in die rechte Ecke gestellt wird, weil sie nicht dem Mainstream folgt. Und die prozentuale Zustimmung zu den Parteien belegt eine mehrheitlich ablehnende Haltung gegenüber Zuwanderung.

---

### Entscheidung des Landesparteitages: